



Rathaus Umschau

Montag, 4. März 2013

Ausgabe 043

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	4
› Glückwünsche für Peter O. Bosse zum 75. Geburtstag	4
› Stadt München gewinnt Facility Management-Anwenderpreis 2013	4
› Jugendhilfezentrum Scapinellistraße: Sozialreferat wird Stadtrat Wechsel in freie Trägerschaft vorschlagen	5
› Aktualisierung des Chorverzeichnisses	7
› Neubau und Renovierungen ganzheitlich planen mit Feng Shui	7
› Ausstellung „Bucks’N Barter“ in der Galerie Kullukcu	7
› Führung durch die Ausstellung „Geschmacksache“	8
Antworten auf Stadtratsanfragen	9
› Staatsministerium soll Sprachstudie veröffentlichen	9
› Verhindert die Verwaltung Befreiungen von der Hundesteuer?	11
› Diskutieren über den Islam oder: Wenn die „Offene Akademie“ gar nicht offen ist	14
› Die „Liste“ der Ingrid Staudenmeyer – Diskriminierung ganz offiziell?	16
› Volkskrankheit Depression – als Migrant häufiger krank?	18
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	20



Terminhinweise

Wiederholung

Dienstag, 5. März, 11 Uhr,

SWM-Zentrale, Raum C6.27, Emmy-Noether-Straße 2

Pressekonferenz zur „Ausbauoffensive Werkswohnungen“ der Stadtwerke München (SWM). Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, und Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung, stellen die Fortschritte im Bauprogramm und seine Bedeutung für München vor. Die SWM begegnen mit der Offensive zwei zentralen Herausforderungen der Boomregion München: dem Fachkräftemangel sowie dem knappen und teuren Wohnraum.

Wiederholung

Dienstag, 5. März, 12.30 Uhr, Saal des Alten Rathauses

25 Jahre, 40 Jahre oder sogar schon 50 Jahre bei der Stadt: 1.052 Dienstjubilareinnen und Dienstjubilare feiern in diesem Jahr. Oberbürgermeister Christian Ude, Personal- und Organisationsreferent Dr. Thomas Böhle und Ursula Hofmann, Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, bedanken sich im Rahmen eines weiteren Einladungssessens bei über 350 treuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Direktorium (39), dem Referat für Gesundheit und Umwelt (32), dem Kommunalreferat (83), dem Kreisverwaltungsreferat (165) und der Stadtkämmerei (33). Besonders geehrt werden Dorothea Bühler (Kreisverwaltungsreferat), die ihr 50-jähriges Dienstjubiläum feiert, und Oberbürgermeister Christian Ude, der selbst Jubilar ist. (Weitere Veranstaltung am 11. März)

Wiederholung

Dienstag, 5. März, 12.30 Uhr, Ratskeller, Botticelli-Zimmer

Bürgermeisterin Christine Strobl übergibt den Helmut-Stegmann-Nachwuchs-Förderpreis an junge Journalistinnen und Journalisten. Dieser mit 3.000 Euro dotierte Preis für lokale und regionale Sportberichterstattung, der an den ehemaligen tz-Chefredakteur erinnert, wird 2013 zum zwölften Mal vergeben.

Donnerstag, 7. März, 10.15 Uhr, Johann-Clanze-Straße 88

Stadtrat Otto Seidl (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Agnes Bergmann im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.



**Donnerstag, 7. März, 14 Uhr, Hochschule für Fernsehen und Film
München, Mittlerer Kinosaal Bernd-Eichinger-Platz 1
(vormals Gabelsbergerstraße 33)**

Einen neu produzierten Werbespot zum Thema Masernimpfung, der künftig in Münchner Kinos gezeigt wird, stellen Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, und Marcel Huber, Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, bei einer Pressekonferenz vor. Das gemeinsam getragene Projekt soll insbesondere junge Erwachsene für die Impfung sensibilisieren und damit der Ausbreitung von Masern vorbeugen.

**Donnerstag, 7. März, 17.30 Uhr,
Foyer im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1**

Die Sammlung Stadtkultur/Volkskunde des Stadtmuseums wird um ein Ausstellungsstück aus dem lesbischen Leben erweitert. Die Skulptur „Venus und Aphrodite schweigen gemeinsam“ der Künstlerin Naomi Lawrence hat eine bewegte lesbische Geschichte durchlaufen und steht exemplarisch für viele Geschichten aus dem lesbischen Leben Münchens. Momentan ist sie innerhalb der Ausstellung „Mein München“ zu sehen. Zur offiziellen Übergabe der Skulptur an das Stadtmuseum mit anschließendem Empfang sprechen Dr. Isabella Fehle, Direktorin des Stadtmuseums, und Lydia Dietrich, Vorsitzende der Gleichstellungskommission. Ein Foto kann unter der Mailadresse ulrike.moessbauer@muenchen.de angefordert werden.

Bürgerangelegenheiten

**Montag, 11. März, 19.30 Uhr,
Gaststätte „Mehlfeld's“, Gardinistraße 98 a (barrierefrei)**

Sitzung des Bezirksausschusses 20 (Hadern). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit dem Vorsitzenden Johann Stadler statt.

Meldungen

Glückwünsche für Peter O. Bosse zum 75. Geburtstag

(4.3.2013) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Peter O. Bosse zu seinem bevorstehenden 75. Geburtstag (*der Glückwunsch war irrtümlich bereits am Freitag mit falschem Adressaten veröffentlicht worden – wir bitten das Versehen zu entschuldigen*):

„Als Ehrenoberfalte des Vereins ‚Die Turmfalken e.V.‘ sind Sie ein fester Bestandteil und Vertreter des Münchner Faschings.

Mit der Neuauflage des Faschingsumzugs der Damischen Ritter im Jahr 2006 hat der Verein eine Tradition wiederbelebt, die attraktiver Bestandteil des Münchner Faschings und Anziehungspunkt für mehr als 30.000 Zuschauer ist.

München hat eine gewachsene Faschingstradition, die nicht zuletzt durch Sie, als Mitglied der Damischen Ritter mit großem ehrenamtlichen Engagement am Leben erhalten, gepflegt und gefördert wird. Mit dem Faschingsumzug der Damischen Ritter wird aktiv zur Münchner Brauchtumpflege beigetragen.

Ich möchte diesen Anlass nutzen, Ihnen meinen Dank für Ihr langjähriges Wirken zur Förderung des Münchner Frohsinns und der Münchner Gaudi auszusprechen.

Für die Zukunft wünsche ich Ihnen alles Gute, noch viele Jahre bester Gesundheit und weiterhin ungebrochene Schaffenskraft.“

Stadt München gewinnt Facility Management-Anwenderpreis 2013

(4.3.2013) Die Fachzeitschrift „Facility Manager“ hat das Projekt „Münchener Facility Management (mfm)“ auf der brancheneigenen Messe in Frankfurt mit dem „FM-Anwenderpreis 2013“ ausgezeichnet. Die bayerische Landeshauptstadt siegte vor dem Olympiastadion Berlin und der RGM Industrial Services. Ihre Entscheidung begründet die Jury der Fachzeitschrift damit, dass das Facility Management der Stadt München in einem beispielgebenden Organisationsprojekt mit Weitblick wie Beharrlichkeit und unter Einbeziehung der Nutzerinnen und Nutzer aufgezeigt hat, wie eine Großstadt für Transparenz und Wirtschaftlichkeit in ihrem Gebäudebestand sorgt und sich zugleich für die Aufgaben der Zukunft rüstet. Der Umbau des Münchener Facility Managements in eine moderne Organisationsform war ein mehrjähriger Prozess mit vier Projektstufen, die das Projektteam unter der Leitung von Ute Baranowski und Alexander Bierl aus der Organisationsberatung des Personal- und Organisationsreferates gemeinsam mit Norbert Rupp von der begleitenden Unternehmensbera-

tung gemeinsam im Wettbewerbsbeitrag zum FM-Anwenderpreis 2013 darlegte. Die Jury war beeindruckt von der stringenten Analyse, Zieldefinition, Maßnahmenentwicklung, Realisierung und Dokumentation der Ergebnisse.

„Die Anfänge der Reorganisation reichen bis in den Oktober 2006 zurück, als mit dem Beschluss des Stadtrates die erste Stufe des Projektes Münchner Facility Management (mfm) gestartet wurde“, erklärt Ute Baranowski. Zielrichtung war, Optimierungspotenziale aufzuzeigen, die zu einer höheren Wirtschaftlichkeit und damit zu finanziellen Verbesserungen führen sollten. Das Projekt entwickelte sich zu einer Mammut-Aufgabe für die federführenden Referate Direktorium, Kommunalreferat sowie Personal- und Organisationsreferat. In die eigentliche Projektarbeit zwischen November 2009 und Dezember 2011 waren Projektbeteiligte aus allen Referaten und Organisationen der Stadt München eingebunden. Nach 271 Projektgruppensitzungen sind Ende letzten Jahres 24 Prozess-Verantwortliche eingesetzt worden, die das Prozessmanagement begleiten. Ein detaillierter Bericht zum preisgekrönten Münchner Facility Management ist unter www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Personal-und-Organisationsreferat/Presseservice/2013/pm-2013-facilityaward.html abrufbar.

Jugendhilfezentrum Scapinellistraße: Sozialreferat wird Stadtrat Wechsel in freie Trägerschaft vorschlagen

(4.3.2013) Dem Sozialreferat/Stadtjugendamt liegen mehrere Anträge aus dem Stadtrat vor, die die Verwaltung unter anderem mit der Prüfung beauftragen, ob das Jugendhilfezentrum Scapinellistraße künftig in freier Trägerschaft geführt werden kann. Das Stadtjugendamt hatte im Dezember einen Belegungsstopp des Jugendhilfezentrums eingeleitet, da die Erfahrungen seit der Eröffnung der Einrichtung im April 2012 gezeigt hatten, dass sowohl bauliche Veränderungen als auch Nachbesserungen in der Umsetzung des pädagogischen Konzeptes erforderlich waren (s. auch Pressemitteilung in der Rathaus Umschau vom 20. Dezember 2012). In der Belegungspause wurde mit Unterstützung der Planungsgesellschaft PETRA, einem bundesweit anerkannten Beratungs- und Fortbildungsinstitut, das Jugendämter, Soziale Dienste und Anbieter von Jugendhilfeleistungen berät und das die Einrichtung seit Ende Oktober 2012 intensiv begleitet hat, ein Konzept eines Neustartes erarbeitet. Dabei wurden alle Voraussetzungen für ein Gelingen des Neustarts untersucht. In diesem Zusammenhang hat das Stadtjugendamt intensiv auch die Frage der künftigen Trägerschaft geprüft. Leitgedanke dieser Prüfung war es, unter Abwägung aller Gesichtspunkte die beste Lösung für die herausfordernde

Arbeit mit schwerst belasteten Kindern und Jugendlichen im geschlossenen Setting einer Schutzstelle zu suchen und dafür die Erfahrungen und Erkenntnisse seit Eröffnung der Einrichtung zu nutzen.

Das Sozialreferat/Stadtjugendamt hat sich nach diesem intensiven Prüfprozess entschieden, dem Stadtrat den Wechsel des Betriebs der Einrichtung in freie Trägerschaft vorzuschlagen. Wesentlich dafür ist das Kriterium der langjährigen Erfahrung eines künftigen Trägers mit dem Setting der Geschlossenheit.

Das Setting der Geschlossenheit ist für das pädagogische Clearing notwendig, um realistische Perspektiven für die weitere Entwicklung dieser schwerst belasteten Kinder und Jugendlichen zu erarbeiten. Das Erleben der Geschlossenheit ist für diese Kinder und Jugendlichen sehr schwer zu akzeptieren und wird zunächst von ihnen abgelehnt. Sie haben über Jahre hinweg Strategien entwickelt, sich erzieherischen Einflussnahmen zu entziehen. Dies ist die große pädagogische Herausforderung beim Betrieb des Jugendhilfezentrums und der Umgang damit gelingt umso besser, je mehr langjährige und stabile Erfahrung der Einrichtungsträger mit einem eng strukturierten und klaren pädagogischen Alltag unter den Bedingungen der Geschlossenheit bereits hat. Nur eine solche langjährige Erfahrung garantiert pädagogisches Handeln auf einem stabilen normativen Fundament. Dieses Fundament ist notwendig, um den Herausforderungen der Geschlossenheit im Einrichtungsalltag zum Wohl der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden. Außerdem sind langjährige Erfahrungen im Umgang mit Risiken und Krisen in der Geschlossenheit eine wesentliche Voraussetzung für einen gelingenden Neustart.

Geschlossene Einrichtungen in der Kinder- und Jugendhilfe werden bislang weit überwiegend von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe betrieben. Diese freien Träger haben eine lange Tradition im Aufbau geschlossener Einrichtungen und langjährige Erfahrung in der pädagogischen Ausgestaltung dieser Arbeit. Dies soll für ein Gelingen des Neustarts genützt werden. Die Aufgabe des Stadtjugendamtes besteht weiterhin in der Sicherstellung der sowie Entscheidung über die Inobhutnahme und in der weiteren Versorgung der Kinder und Jugendlichen mit nachhaltigen Anschlusshilfen.

Das Sozialreferat/Stadtjugendamt stellt sich weiterhin der Verantwortung, in München die langjährige Versorgungslücke für schwerst belastete Kinder und Jugendliche im Schnittfeld zwischen Psychiatrie und Jugendhilfe zu schließen und diesen Kindern und Jugendlichen eine Perspektive für ihre Zukunft zu bieten.

Aktualisierung des Chorverzeichnisses

(4.3.2013) Das Münchner Kulturreferat erstellt eine Neuauflage seines Chorverzeichnisses: Alle in München ansässigen Laienchöre, die bisher noch nicht in dem Faltplan Chöre in München veröffentlicht waren, aber gern neu aufgenommen werden möchten, können sich noch bis Mittwoch, 20. März, per E-Mail unter choere@muenchen.de, per Fax unter 2 33-2 15 63 oder telefonisch im Kulturreferat bei Sandra Schmidt unter 2 33-2 16 68, oder bei Bettina von Bechtolsheim unter 2 33-2 84 98 melden.

Neubau und Renovierungen ganzheitlich planen mit Feng Shui

(4.3.2013) Räume können beim ersten Betreten ein angenehmes Gefühl vermitteln und den Betrachter oder die Betrachterin begeistern. Sie können aber auch ermüden, Kraft kosten oder im Extremfall sogar krank machen, wenn ihre Bauform und -substanz sowie ihre Ausstattung ungünstig komponiert sind. Katrin Crone, Architektin und Expertin für Feng Shui, informiert in ihrem Vortrag am Donnerstag, 7. März, um 18 Uhr im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West), wie die traditionsreichen Prinzipien des Feng Shui bereits bei der Planung von Räumen eingesetzt werden können, um das Wohlbefinden nachhaltig zu fördern. Ob im Neubau oder im Bestand können Formen, Materialien und Licht durch Feng Shui so kombiniert werden, dass das Zuhause oder der Arbeitsplatz zu einem individuellen Kraft- beziehungsweise Erholungs-ort wird. Im Rahmen des Vortrags wird auch auf individuelle Fragen der Besucherinnen und Besucher eingegangen. Der Eintritt ist frei.
Internet: www.muenchen.de/bauzentrum, Telefon: 54 63 66-0, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de.

Ausstellung „Bucks’N Barter“ in der Galerie Kullucku

(4.3.2013) Arbeiten aus den Bereichen Schmuck, Kunsthandwerk, Produkt- und Experience-Design von neun internationalen Künstlerinnen und Künstlern sind von Donnerstag, 7. März, bis Samstag, 9. März, in der Galerie Kullucku, Schillerstraße 23, zu besichtigen. In der Ausstellung „Bucks’N Barter“ setzen sich Beatrice Brovia, Nicolas Cheng, Hilde De Decker, Richard Elenbaas, Tzu Ling Lee, Prang Lerttaweewit, Kajsa Lindberg und Katrin Spranger in ihren Exponaten und Installationen mit der menschlichen Veranlagung zum Handel und Aus-/Tausch und der Auswirkung auf unsere Gesellschaft und die Beziehung zu Gegenständen und Materialien auseinander. Inszeniert wird die Ausstellung von der Designerin Friederike Daumiller.



Die Ausstellung ist von 11 bis 21 Uhr geöffnet. Die Vernissage findet am Donnerstag, 7. März, um 17.30 Uhr statt. Der Eintritt ist frei.

Das Projekt wird unterstützt vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München und der Danner Stiftung. Infos unter: www.bucksnbarter.com

Führung durch die Ausstellung „Geschmacksache“

(4.3.2013) Dr. Isabella Belting führt am Donnerstag, 7. März, um 16 Uhr durch die Ausstellung „Geschmacksache – Mode der 1970-er Jahre“ im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1. Die 1970-er Jahre waren von einem fantasievollen Design-Mix geprägt: Speziell für die Mode bedeutete diese Dekade eine Fülle von originellen Stil-Experimenten wie Hippie-Flower-Power, Blue Jeans, Folklore, Mini- und Maximode, Plateausohlen, Hot-Pants, Schlaghosen, Polyesterhemden, Kittelschürzen, Prillblümchen, Disco-Glam und Punk-Welle.

Die Ausstellung bietet farbenprächtige Impressionen von internationalen Modemarken sowie der Münchner Modeszene. Anhand von zahlreichen originalen Kleidungsstücken und Accessoires aus dem Bereich der Damen-, Herren- und Kindermode wird mit verschiedenen Themenbereichen die Vielfalt, Originalität und auch Widersprüchlichkeit der 70-er-Jahre-Mode aufgezeigt. Modische Plakatwerbung, poppige Musik-Poster, stilvolle Grafiken, elegante Mode-Fotografien und MADAME-Modejournale aus dieser Dekade runden die bunte und vielfältige Schau ab.

Treffpunkt ist im Foyer. Der Eintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 6 Euro.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 4. März 2013

Staatsministerium soll Sprachstudie veröffentlichen

Antrag Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Nach §60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrags betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und §22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine Beantwortung auf diesem Wege erfolgt.

In Ihrem Antrag baten Sie den Oberbürgermeister, auf die Staatsregierung einzuwirken, damit diese die Sprachstudie des Instituts für Frühpädagogik veröffentlicht, mit der Daten zur Verbreitung der bayerischen Sprache erhoben worden sind. Sofern dies zu keinem Erfolg führt, baten Sie darum, dass die Stadtverwaltung die Zahlen anfordert und dann selbst veröffentlicht. Sofern notwendig, soll diesbezüglich auch gegen den Freistaat Bayern Klage erhoben werden.

Hierzu kann ich wie folgt mitteilen:

Das Staatsinstitut für Frühpädagogik hat hier der zitierten Berichterstattung gemäß keine Studie durchgeführt, sondern einen Beobachtungsbogen für die individuelle pädagogische Arbeit mit Kindern entwickelt, welcher im Einzelfall in der jeweiligen Einrichtung zur Begleitung der Entwicklung verwendet wird. Die pädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen haben den Auftrag, für ihre pädagogische Arbeit und für ein gemeinsames Entwicklungsgespräch mit den Eltern über das genannte Beobachtungsinstrument festzustellen, wo das Kind aktuell in seiner Entwicklung steht, welche Entwicklungsschritte anstehen und welche pädagogischen Angebote und Maßnahmen von Seiten der Kita und des Elternhauses unterstützend angeboten werden können. Beobachtung nimmt im pädagogischen Alltag ebenso wie die Erzieherinnen-Kind-Interaktion und der damit verbundene Beziehungsaufbau einen zentralen Stellenwert ein. Darüber hinaus ist die Gestaltung der Lernumgebung und des pädagogischen Alltags sowie die Entwicklung und Durchführung gezielter Angebote zu den einzel-



nen Bildungsbereichen und die Bildungs- und Erziehungspartnerschaft mit den Eltern das Kerngeschäft des Fachpersonals an einer Kindertageseinrichtung.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Ausführungen ausreichend Einblick in die Zusammenhänge gegeben zu haben und für Sie dadurch nachvollziehbar geworden ist, dass eine Erfassung der Daten über die Kindertageseinrichtungen durch das Staatsministerium gar nicht erfolgt. Daher ist eine Herausgabe der Daten an die Landeshauptstadt München auch nicht möglich.

Verhindert die Verwaltung Befreiungen von der Hundesteuer?

Anfrage Stadträtin Brigitte Wolf (Die Linke) vom 25.1.2013

Antwort Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz:

Herr Oberbürgermeister Ude hat mich gebeten, die von Ihnen mit Schreiben vom 25.01.2013 an ihn gerichtete Anfrage zu beantworten. Sie fragten nach, warum folgender früher im Internetauftritt der Stadtkämmerei, Kassen- und Steueramt vorhandene Hinweis unter den Kontaktseiten des Kassen- und Steueramtes nicht mehr vorhanden sei:

„Sofern Sie ein geringes Einkommen haben bzw. Sozialleistungen beziehen, kann die Hundesteuer auf Antrag und nach entsprechender Prüfung erlassen werden.“

Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf mein Antwortschreiben vom 06.12.2010 auf Ihre Anfrage vom 12.11.2010, in dem im Zusammenhang mit der seitens der LHM praktizierten bürgerfreundlichen Information der Bürger auf diesen Hinweis verwiesen wurde.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Warum kann diese Seite im Internet nicht mehr aufgerufen werden? Wollen Sie oder die Stadtkämmerei denn, dass der Bürger von der Möglichkeit der Steuerbefreiung nichts erfährt? Halten Sie dies für einen bürgerfreundlichen Umgang mit Informationen zu Stadtratsbeschlüssen?

Antwort:

Im Jahr 2011 wurde das neue Redaktionssystem Magnolia bei der Landeshauptstadt München produktiv gesetzt. In diesem Zuge war es notwendig, einen vollständigen Relaunch durchzuführen und sämtliche Inhalte komplett neu aufzusetzen. Hierbei wurde im Jahr 2012 beim Aufbau des Dienstleistungsfinders durch ein technisches Versehen der oben genannte Hinweis nicht mit übernommen.

Allerdings waren auch hiernach genügend Informationen zur Möglichkeit, einen Erlass zu beantragen oder hierzu weitergehende Informationen zu erhalten, vorhanden. Die Stadtkämmerei legt Wert auf Bürgerfreundlichkeit und gute Information. So sind in den Kontaktdaten im Dienstleistungsfinder unter dem gesonderten Betreff: „Erlass und Befreiungen“ zwei Tele-

fornummern gesondert genannt. Die Bürgerinnen und Bürger haben so die Möglichkeit, direkt Kontakt zu den zuständigen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern aufzunehmen und sich in einem persönlichen Gespräch zu informieren. Ferner enthält auch der Flyer „Der Stadthund“, der jedem Hundehalter bei der Anmeldung des Hundes übersandt wird, auf Seite 12 den expliziten Hinweis:

„Auskünfte zu Erlass und Befreiungen von der Hundesteuer werden Ihnen unter folgenden Rufnummern erteilt: ...“

Frage 2:

Was wird unternommen, damit die Steuerpflichtigen mit geringem Einkommen bzw. die Bezieher von Sozialleistungen von der Möglichkeit der Hundesteuerbefreiung erfahren, die ihnen laut Stadtratsbeschluss offen stehen?

Antwort:

Bei der Anmeldung eines Hundes wird in allen Fällen die Broschüre „Der Stadthund“ mitgeschickt, in der auf den Hundesteuererlass hingewiesen wird. Hierdurch wird sichergestellt, dass wirklich jede Hundehalterin und jeder Hundehalter von dieser Möglichkeit erfährt. Im übrigen wird zur Vermeidung von Wiederholungen auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Frage 3:

Kann der Bürger vom Internet ein Formular herunterladen, das zur Beantragung der Steuerbefreiung genutzt werden kann? Falls nicht, warum nicht?

Antwort:

Die Stadtkämmerei hat kein Antragsformblatt eingestellt, sondern weist sowohl auf den Informationsseiten im Internet als auch in der Broschüre auf die Möglichkeit der telefonischen Kontaktaufnahme. Die Rechtsprechung hat in den letzten Jahren aufgrund des Aufwandsteuercharakters der Hundesteuer bei der Erlassgewährung einen zunehmend strengeren Maßstab angelegt. So wird insbesondere im Regelfall eine Erlasswürdigkeit verneint, wenn der Hund nach Eintritt der wirtschaftlichen Notlage angeschafft wurde, ohne dass für die Anschaffung besondere Gründe gegeben waren. Zur Prüfung dieser Voraussetzung ist es erforderlich, auf die individuelle Situation der Betroffenen einzugehen. Das Einstellen eines Formblatts wäre hierbei weniger hilfreich.



Hiernach notwendig auszufüllende Formulare werden nach dem Gespräch von der Stadtkämmerei an die Antragstellerin bzw. den Antragsteller zugeschickt, sofern nicht aufgrund der Sachlage ein formloser Antrag ausreicht.

Frage 4:

Wann werden die Informationsseiten im Internet zur Hundesteuer aktualisiert und der Hinweis auf die Steuerbefreiung wieder aufgenommen?

Antwort:

Um die Information noch weiter zu verbessern hat die Stadtkämmerei im Dienstleistungsfinder folgenden Satz ergänzt:

„Bei geringem Einkommen bzw. bei Bezug von Sozialleistungen besteht in besonderen Notlagen oder bei anderen Ausnahmesituationen die Möglichkeit, einen Antrag auf Erlass der Hundesteuer zu stellen. Für Einzelfragen können Sie mit uns unter den unten angegebenen Telefonnummern (Erlass und Befreiung) Kontakt aufnehmen.“

**Diskutieren über den Islam oder:
Wenn die „Offene Akademie“ gar nicht offen ist**

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 29.1.2013

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 29.01.2013 nehme ich Bezug. In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Am Montag, 21.01.2013, fand im Großen Sitzungssaal des Rathauses unter dem Motto ‚Neue Dimensionen des Rechtsextremismus – Muslime als Bedrohung?‘ eine Veranstaltung statt, zu der u.a. die ‚Offene Akademie‘ der Münchner Volkshochschule und das Bayernforum der ‚Friedrich-Ebert-Stiftung‘ einluden. Leider fand die Veranstaltung unter Ausschluss der interessierten Öffentlichkeit statt, denn interessierte Teilnehmer wurden bereits bei ihrer telefonischen Anmeldung regelrecht nach ihrer politischen Einstellung ausgehört. Auch während der Veranstaltung selbst wurden Fragen des Publikums nur vorsortiert zugelassen und vorab auf Zetteln schriftlich eingesammelt. Von rund 40 Fragen wurden schließlich sechs (in Zahlen: 6) zugelassen. Das Veranstaltungspublikum setzte sich aus handverlesenen Vertretern des Münchner ‚Integrations‘betriebes inklusive einiger weniger Stadträte zusammen – die Bandbreite der im Saal vertretenen Meinungen hielt sich demzufolge in Grenzen. – Fragen drängen sich auf.“

Ihre Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Frage 1:

Bislang finden sich spärliche Berichte über die genannte Veranstaltung am 21.01. im Großen Rathaussaal nur auf einigen „rechtspopulistischen“ Seiten im Internet. Das kann nicht im Sinne der Stadt und der Veranstalter sein – wo sind Ergebnisse und Wortlaut der Referate für die interessierte Öffentlichkeit nachzulesen?

Antwort:

Aufgrund der dünnen Personaldecke der Fachstelle gegen Rechtsextremismus ist eine Veröffentlichung von weiteren Inhalten leider nicht möglich.

Frage 2:

Warum wurde bei der Anmeldung der Teilnehmer und bei der Beantwortung der Fragen so strikt vorsortiert?

Antwort:

Da die Veranstaltung für die Münchnerinnen und Münchner von größtem Interesse war, sahen sich die Veranstalter gezwungen, über eine verbindliche Anmeldung den Zustrom der Teilnehmenden zu regulieren. Um trotz der hohen Teilnehmerzahl möglichst vielen Besucherinnen und Besuchern einen Beitrag zu ermöglichen, wurde die vom ökumenischen Kirchentag bekannte Methode gewählt, Fragen auf Karten schreiben zu lassen, die anschließend durch den Veranstalter vorgelesen wurden.

Frage 3:

Sind ggf. auch unzensurierte Veranstaltungen zu „umstrittenen“ Themen im Rathaus vorgesehen?

Antwort:

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „neue Dimensionen des Rechtsextremismus“ sind natürlich weitere Veranstaltungen geplant, in- und außerhalb des Rathauses.

Die „Liste“ der Ingrid Staudenmeyer – Diskriminierung ganz offiziell?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 21.1.2013

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 21.01.2013 nehme ich Bezug. In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Die ‚Liste‘ der Ingrid Staudenmeyer – Diskriminierung ganz offiziell? Laut einem Bericht der ‚Süddeutschen Zeitung‘ vom 18.01.2013 möchte die Vorsitzende des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen – Nymphenburg), Ingrid Staudenmeyer (SPD), bei der Wirtin eines Lokals im Stadtteil vorstellig werden, um mithilfe einer ‚Liste mit Namen rechtsextremer und rechtspopulistischer Gruppen (...), die sie bei der städtischen Fachstelle gegen Rechtsextremismus besorgt hat‘, gegen die weitere Vermietung von Versammlungsräumlichkeiten an missliebige Gruppierungen tätig zu werden. – Hier stellen sich Fragen.“

Ihre Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Frage 1:

Welche „Namen rechtsextremer und rechtspopulistischer Gruppen“ enthält die offenbar bei der städtischen „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ vorgehaltene Liste im einzelnen?

Antwort:

Der Fachartikel wurde nicht von der Fachstelle gegen Rechtsextremismus verfasst und wird hier auch nicht vorgehalten.

Frage 2:

Wo ist eine entsprechende Liste mit Namen linksextremer und gewaltaffiner Gruppierungen mit linksextremem Hintergrund erhältlich, mit der Münchner Gastwirte vor solchen Gruppierungen gewarnt werden können?

Antwort:

Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus widmet sich auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 02.12.2008 der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Nicht zuletzt die Tatsache, dass zwei NSU Opfer in München zu beklagen sind, verdeutlicht die Notwendigkeit der Arbeit gegen Rechtsextremismus.



Frage 3:

Politische Parteien sind vom Parteiengesetz dazu aufgefordert, zur Erfüllung ihres Auftrages z. B. Parteitage zur Wahl von Vorständen durchzuführen. Diese finden aus Zweckmäßigkeitsgründen häufig in Gaststätten statt. Inwieweit kann die Stadt nachvollziehen, dass sie den Vorgaben des Parteiengesetzes zuwiderhandelt, indem sie Druck auf Gastwirte ausübt, an mißliebige Parteien wie etwa die NPD keine Versammlungsräumlichkeiten zu vermieten? Ist der LHM die Vorgabe des Grundgesetzes bekannt (Art. 3, Abs. 3), wonach niemand wegen seiner „religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt“ werden darf?

Antwort:

Die Landeshauptstadt München betreibt eine aktive Informationspolitik, um Wirte vor Anmietungsversuchen durch Rechtsextremisten zu warnen. Wirte sind private Dritte und unterliegen der Vertragsfreiheit. Die Landeshauptstadt begrüßt es, wenn Wirtinnen und Wirte sich ihrer Verantwortung für das demokratische Gemeinwesen bewusst sind und rechtsextreme, rassistische und menschenverachtende Äußerungen in ihren Räumen nicht dulden. Ein Verstoß gegen Art. 3 Abs. 3 GG ist hierin nicht zu erblicken.

Volkskrankheit Depression – als Migrant häufiger krank?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 23.1.2013

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

In Ihrer Anfrage vom 23.01.2013 führen Sie Folgendes aus:

„In München lebende Ausländer sind – laut Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) – nicht nur überdurchschnittlich häufig Träger bestimmter Hepatitis- und Tuberkulose-Erkrankungen. Schon seit langem ist darüber hinaus bekannt, dass Ausländer auch häufiger unter Stress und psychischen Erkrankungen wie Depressionen leiden – Experten machen dafür u.a. Sprachschwierigkeiten, allgemeine Überforderung in der Aufnahmegesellschaft, das Fehlen vertrauter Bezugspersonen, traumatische Erfahrungen etc. verantwortlich. Exemplarisch setzte sich unter dem Titel ‚Volkskrankheit Depression‘ schon 2006 eine Konferenz des Münchner Gesundheitsbeirates mit diesem Thema auseinander (www.gesundheitsbeirat-muenchen.de/html/pdf/depression_10112008.pdf). Es ergeben sich Fragen.“

Zu Ihrer Anfrage vom 23.01.2013 nimmt das Referat für Gesundheit und Umwelt im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Welche aktuellen Zahlenbefunde liegen vor: wie viele der wegen Depressionserkrankungen an Münchner Krankenhäusern behandelten Patienten sind Ausländer? Wie verteilen sich diese Fälle auf a) Flüchtlinge/Asylbewerber und b) Ausländer, die schon länger in Deutschland leben?

Antwort:

Die Kliniken der Städtischen Klinikum München GmbH haben nur wenige Behandlungsplätze für psychische und psychosomatische Erkrankungen. Deshalb haben Angaben über die Anzahl von Patientinnen und Patienten, die wegen Depressionserkrankungen in einer städtischen Klinik behandelt worden sind, keinen Aussagewert für deren Verbreitung in der Gesamtbevölkerung Münchens sowie unter Migrantinnen und Migranten in München. Daten über Diagnoseprävalenzen an nicht-städtischen Kliniken in München liegen dem Referat für Gesundheit und Umwelt nicht vor.



Frage 2:

An welchen anderen Krankheiten leiden in München lebende Migranten ebenfalls signifikant häufiger als Münchner ohne „Migrationshintergrund“ (z.B. TBC, Hepatitis B – hier bitte aktuelle Zahlen aufführen!)?

Antwort:

Meldepflichtige Krankheiten werden nach §§ 6, 7 Infektionsschutzgesetz vom Referat für Gesundheit und Umwelt anonymisiert an das Robert-Koch-Institut Berlin weitergeleitet. Die Daten können dort für München abgerufen werden. Allerdings unterscheidet das Robert-Koch-Institut bei der Darstellung nicht nach Nationalitäten, weshalb über die Verbreitung dieser Krankheiten unter Migrantinnen und Migranten in München keine verlässlichen Aussagen getroffen werden können.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 4. März 2013

Grundstückserwerbungen durch Käufer aus Katar in München?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
04.03.2013

Grundstückserwerbungen durch Käufer aus Katar in München?

Nach Informationen aus Münchner Gewerkschaftskreisen wurde das Elisenhof-Areal am Hauptbahnhof vom Emir von Katar bzw. einem in seinem Auftrag handelnden Bevollmächtigten erworben. Diese Information, sollte sie zutreffen, gewinnt ihre besondere Brisanz aus dem Umstand, daß der Scharia-Staat Katar seit geraumer Zeit als potentieller Finanzier des von den Münchner Rathausfraktionen und dem Penzberger Imam Idriz geplanten islamischen Großzentrums (ZIE-M) gehandelt wird. Katarische Käufer sollen zudem über das Elisenhof-Areal hinaus weitere Grundstücke im Münchner Stadtgebiet erworben haben. – Es ergeben sich Fragen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Inwieweit ist die Information zutreffend, wonach das Elisenhof-Areal am Hauptbahnhof von einem Käufer aus Katar bzw. vom Emir von Katar erworben wurde?
2. Welche weiteren Grundstücke im Münchner Stadtgebiet wurden in den letzten zwei Jahren ggf. von Käufern aus Katar bzw. vom Emir von Katar erworben?

Karl Richter
Stadtrat